

Fraktion **direkt**

3 | 20. November 2013

Zur Lage

Für die Bürger zählt nur ein gutes Ergebnis Union muss niemandem etwas „liefern“ – Politik für die Menschen



Foto: Götz Schleser

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Koalitionsverhandlungen gehen nun in ihre entscheidende Phase. In der kommenden Woche sollen die Gespräche mit der SPD abgeschlossen werden. Trotz aller Schwierigkeiten gehe ich davon aus, dass es gelingen wird, einen Koalitionsvertrag zu schließen.

Seit Beginn der Verhandlungen folgt die Union einem Leitgedanken: Erst kommen die Menschen und das Land, dann erst die Partei und die Interessen von Politikern. Dass von führenden sozialdemokratischen Politikern nach dem SPD-Parteitag eine härtere Gangart in den Verhandlungen angekündigt wird, kann uns nicht beeindrucken. Die Union hat der SPD nichts zu „liefern“, auch wenn deren Chef das noch so laut fordert. Für uns ist klar: Wir sind den Bürgern verpflichtet und niemandem sonst.

Es sind schwierige Verhandlungen. Sie müssen allmählich auch zum Abschluss gebracht werden. Ich weiß auch um die eine oder andere Diskussion in unseren Ortsverbänden. Die Union kann aber mit dem Verlauf der Gespräche bislang durchaus zufrieden sein. Zwei unserer Hauptforderungen im Wahlkampf waren: keine Steuererhöhungen und keine neuen Schulden. Das stellen die Sozialdemokraten nun nicht mehr in Frage.

Die Kanzlerin kann ihre Europapolitik fortsetzen

In Sachen Europa ist mit der SPD sogar schon geklärt, dass die Kanzlerin im Kern ihre Politik fortsetzen kann. Es wird keine Euro-Bonds und keine Vergemeinschaftung von Schulden geben. Es bleibt beim Prinzip, dass Solidarität nur der erwarten kann, der auch zu eigenen Anstrengungen bereit ist. In der Energiepolitik haben wir die Grundlage für eine raschere Absenkung der Öko-Umlage beim Strompreis gelegt. Vielleicht kann in den Schlussrunden hier noch mehr erreicht werden.

*„Erst kommt das Land,
dann die Partei“*

Die Union will dafür sorgen, dass Deutschland weiter auf dem Erfolgsweg bleibt. Es darf daher nichts vereinbart werden, was Wachstum und Beschäftigung gefährdet. Das gilt auch gerade für eine mögliche Vereinbarung eines Mindestlohns. Niemandem wäre damit gedient, wenn dieser in manchen Regionen zu einem Jobkiller würde.

Wir werden uns anstrengen, die Innovation in unserem Land weiter zu fördern. Dazu gehört zunächst, dass wir den Unternehmen die Kraft für die eigene Forschung lassen. Deshalb wird es keine Vermögensteuer geben. Auch der Staat wird seine Ausgaben in diesem Bereich stabil halten. Es ist daher durchaus realistisch, dass wir in naher Zukunft erstmals das Ziel erreichen, wonach für Wissenschaft und Forschung drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts aufgewendet werden. Das wäre ein wichtiger Fortschritt.

Volker Kauder

Inhalt

Für die Bürger zählt nur ein gutes Ergebnis	1
Bundestag für die Übergangsphase gewappnet	2
„Der Kalte Krieg ist für alle vorbei“	3
Neues Vertrauen aufbauen	4
Koalitionsverhandlungen gehen in den Schlusspurt	5
Von Räubern auf See und im Wald	6

Kommentar

Bundestag für die Übergangsphase gewappnet

Parlament ist arbeitsfähig



Foto: Dominik Butzmann

Michael Grosse-Brömer

Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Wir stehen kurz vor dem Abschluss der Koalitionsverhandlungen. Nächste Woche soll der Koalitionsvertrag unterzeichnet werden. Dauer und Intensität der Verhandlungen mit der SPD sind dem Wahlergebnis geschuldet. Auf dem Weg zur dritten großen Koalition müssen wir gründlich und umfassend für unsere politischen Ziele in einem gemeinsamen Koalitionsvertrag eintreten.

In dieser Phase des Übergangs von einer Regierung zur nächsten sind den Aktivitäten des Bundestags Grenzen gesetzt. Die alte Regierung ist geschäftsführend im Amt. Die Vorlagen und Gesetzentwürfe sind von begrenzter Anzahl. Wir wissen zudem noch nicht, wie genau die neue Bundesregierung aussehen wird, ob die Koalition zwischen Union und SPD tatsächlich zustandekommt, wie die Ministerien zugeschnitten sein werden und welches Haus von wem geführt werden wird. Das alles ist aber entscheidend für die Arbeit des Bundestags und vor allem für Anzahl, Zuschnitt und Besetzung der Ausschüsse.

Es besteht eine faktische Wechselwirkung zwischen Regierung und Parlament. Ein gutes Beispiel ist der Haushaltsausschuss. Er wird regelmä-

ßig von der größten Oppositionsfraktion geführt. Wissen wir aber nicht, wie genau die Opposition aussehen wird, erscheint es wenig sinnvoll, den Ausschuss bereits jetzt oder übergangsweise für sechs Wochen zu konstituieren. Das wäre eher aktionistisch und weder von der Verfassung her noch aufgrund der anfallenden Aufgaben unbedingt notwendig. Denn der Bundestag ist arbeitsfähig. Das Plenum hat sich konstituiert und hat bereits mehrfach getagt. Die Bundeskanzlerin hat eine erste Regierungserklärung zur Europapolitik abgegeben. Wir haben intensiv über die transatlantischen Beziehungen und die NSA-Spähaffäre diskutiert.

Hauptausschuss für aktuelle Vorlagen

Für die nun zur Beratung anstehenden Vorlagen und Beschlüsse haben wir ein besonderes Ausschussverfahren vorgesehen. Am 28. November 2013 soll das Plenum einen sogenannten Hauptausschuss einsetzen. Dieser ist dann bis zur endgültigen Konstituierung der Ausschüsse für alle Vorlagen aus dem Plenum zuständig. Der Hauptausschuss wird mit Fachpolitikern aus unterschiedlichen Bereichen besetzt. Er übernimmt für eine kurze Übergangszeit die Aufgaben der sonstigen ständigen Ausschüsse, bearbeitet zum Beispiel Petitionsverfahren oder bereitet etwaige Beschlüsse über Maßnahmen des Europäischen Stabilitätsmechanismus vor.

Dieses Instrument des Übergangs gab es so noch nicht in der Geschichte des Bundestags. Es ist eine hervorragende Lösung für die letzten Wochen bis zur Bildung der neuen Regierung. Bis Weihnachten wird der Bundestag noch öfter zusammentreten. Dort wo Arbeit anfällt, wird sie erledigt. Uns Abgeordneten fällt zudem die Aufgabe zu, unseren Wahlkreis intensiv zu betreuen.

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

„Der Kalte Krieg ist für alle vorbei“

Kanzlerin Merkel wirbt für die östliche Partnerschaft der EU – Regierungserklärung zum Gipfel in Wilna



Foto: Tobias Koch

Bundeskanzlerin Merkel bei ihrer Regierungserklärung zur östlichen Partnerschaft

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat im Bundestag für eine Annäherung der Europäischen Union an ihre osteuropäischen Nachbarn geworben. In ihrer Regierungserklärung zum dritten EU-Gipfel „Östliche Partnerschaft“ am 28./29. November in Wilna sagte Merkel, sie sehe „großes Potenzial“ in der politischen und wirtschaftlichen Annäherung. „Wir müssen zeigen, dass der Kalte Krieg für alle vorbei ist, auch für unsere östlichen Nachbarn“, sagte sie am Montag im Bundestag.

Die EU hat gemeinsam mit der Ukraine, Moldau, Georgien, Weißrussland, Armenien und Aserbaidschan 2009 die östliche Partnerschaft ins Leben gerufen, um die politische und wirtschaftliche Annäherung mit ihnen voranzubringen. Dabei geht es um demokratische und rechtsstaatliche Reformen sowie die Wahrung der Menschenrechte. Die Frage einer EU-Beitrittsperspektive spielt keine Rolle. Das unterstrich auch der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder vor dem Bundestag. Die EU dürfe sich nicht nur darauf konzentrieren, neue Staaten aufzunehmen, sondern müsse auch andere Wege suchen, mit ihren Nachbarn zu kooperieren, sagte Kauder.

Mit Georgien und Moldau sollen auf dem Gipfel Assoziierungs- und Freihandelsabkommen paraphiert

werden. Entsprechende Abkommen sind auch mit Armenien ausverhandelt, können aber nicht mehr paraphiert werden, weil Armenien entschieden hat, sich stattdessen der Eurasischen Zollunion anzuschließen. Die Verhandlungen mit Aserbaidschan sind noch nicht abschlussreif. Mit Weißrussland wurden wegen der Menschenrechtslage dort bislang keine Gespräche aufgenommen. Kanzlerin Merkel forderte daher eine Freilassung und Rehabilitierung der Bürgerrechtler, die bei den Präsidentschaftswahlen 2010 in Weißrussland inhaftiert wurden.

Nicht gegen Russland gerichtet

Unterzeichnet werden soll in Wilna das Assoziierungs- und Freihandelsabkommen mit der Ukraine, sofern die Regierung in Kiew zuvor noch wichtige Kriterien erfüllt. Dazu gehören die Garantie freier und fairer Wahlen, eine unbestechliche Justiz und Fortschritte bei den zugesagten Reformen. „Rechtsstaatlichkeit und Bürgerfreiheiten müssen mehr als Lippenbekenntnisse sein“, sagte Merkel.

Der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Andreas Schockenhoff betonte: „Ohne die Ausreise Julia Timoschenkos zur medizinischen Behandlung wird es keine Unterzeichnung geben.“ Der Fall der inhaftierten Exregierungschefin stehe als Beispiel für das ukrainische Rechtssystem, sagte der außenpolitische Sprecher der Fraktion, Philipp Mißfelder.

Allen Rednern der Unionsfraktion war es wichtig zu betonen, dass sich die östliche Partnerschaft der Europäischen Union nicht gegen Russland richte. Es gebe kein „Entweder-Oder“ zwischen einer Annäherung Osteuropas an die EU und einer Partnerschaft mit Russland, sagte die Kanzlerin. Schockenhoff nannte es inakzeptabel, dass Russland die osteuropäischen Länder, die die Nähe zur EU suchten, wirtschaftlich unter Druck setze. „Die östliche Partnerschaft ist nicht exklusiv oder konfrontativ.“ Von einem gemeinsamen Wirtschaftsraum könne auch Moskau profitieren.

Auch Kauder forderte, die Politik des Kalten Krieges müsse überwunden werden. Er forderte von Russland eine Zusammenarbeit mit der EU und den osteuropäischen Ländern etwa bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus oder beim Einsatz für die Sicherheit der Weltmeere. Der Fraktionsvorsitzende stellte heraus, dass es in Europa nicht nur um Euro und Cent gehe, sondern um die Verteidigung gemeinsamer Werte.

Assoziierungsabkommen EU – Ukraine

Beim Gipfeltreffen der Europäischen Union zur Ostpartnerschaft am 28. und 29. November in der litauischen Hauptstadt Wilna soll ein umfassendes Assoziierungs- und Freihandelsabkommen mit der Ukraine geschlossen werden. Eine Voraussetzung, an der die Unterzeichnung des Abkommens allerdings hakt, ist die Weigerung der Regierung in Kiew, der inhaftierten Ex-Regierungschefin Julia Timoschenko eine medizinische Behandlung im Ausland zu ermöglichen. Die EU hält die Verurteilung der Oppositionspolitikerin Timoschenko zu sieben Jahren Haft wegen Amtsmissbrauchs für politisch motiviert. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dringt seit langem auf eine Freilassung Julia Timoschenkos. Die Bundesregierung bemüht sich intensiv darum, ihr die dringend nötige medizinische Behandlung ihres Rückenleidens in Deutschland zu ermöglichen. Gesetzesvorlagen über einen Hafturlaub für Timoschenko scheiterten bereits mehrfach im Kiewer Parlament.

Neues Vertrauen aufbauen

Nach NSA-Abhöraffaire – Kanzlerin: USA bleiben „Garant unserer Freiheit und Sicherheit“

Trotz des massiven Vertrauensverlusts infolge der NSA-Abhöraffaire bleiben die deutsch-amerikanischen Beziehungen von überragender Bedeutung für die Bundesrepublik. Dies betonte Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung vor dem Bundestag am Montag. Die transatlantischen Beziehungen seien ein „wesentlicher Garant unserer Freiheit und Sicherheit“, sagte sie. Deutschland und Amerika teilten gemeinsame Werte, Erfahrungen und Interessen. Sie räumte aber auch ein, dass die Datenaffäre das Verhältnis auf die Probe gestellt habe und neues Vertrauen aufgebaut werden müsse.

Auch Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich unterstrich, dass Deutschland die enge Partnerschaft mit den amerikanischen Freunden brauche, um die Sicherheit der Bürger auch in Zukunft gewährleisten zu können. Die USA müssten aber das gestörte Vertrauen wiederherstellen, indem sie umfassend aufklärten, welche Daten der US-Geheimdienst NSA wann abgefangen habe. Unter Verweis darauf, dass auch das Mobiltelefon der Bundeskanzlerin abgehört wurde, sagte Friedrich: „Egal, wer ein Handy abhört, der macht sich strafbar.“

Zahlreiche Bemühungen um Aufklärung

Friedrich schilderte die umfangreichen Bemühungen der EU und Deutschlands um Aufklärung – von schriftlichen Anfragen über Delegationsreisen und Gesprächen hochrangiger Vertreter beider Seiten. In den USA diskutierten bereits der Kongress und die Öffentlichkeit darüber, was die Geheimdienste dürften, wie man die Verhältnismäßigkeit wahre und wie man mit Freunden umgehe. Dies müsse als „Selbstreinigungsprozess“ verstanden werden. Wenn schon der amerikanische Außenminister John Kerry eine Reise nach Europa plane, sei das ein Zeichen dafür, dass die Kritik der Europäer gehört werde.

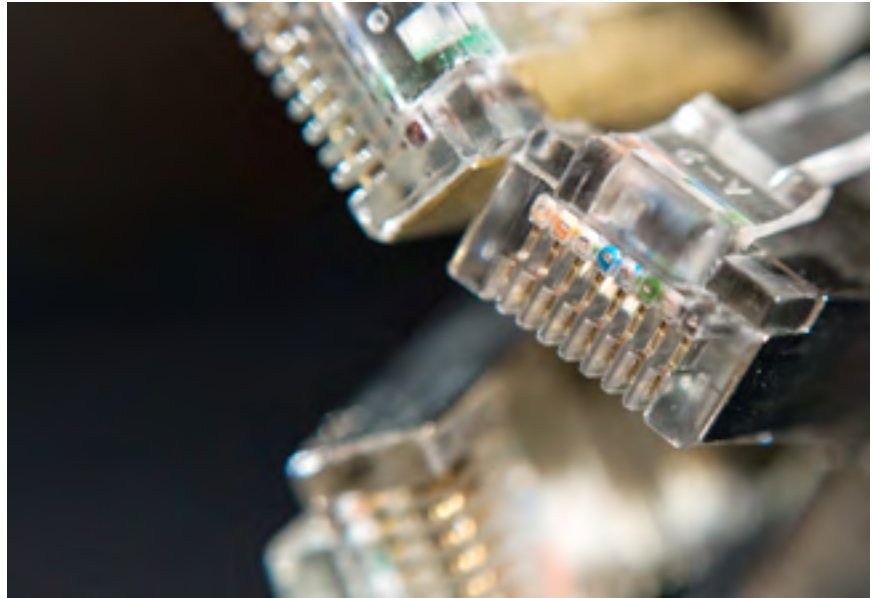


Foto: picture alliance / Michael Gruber / EXPA / picturedesk.com

Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Michael Grosse-Brömer, betonte ebenfalls, das Abhören von Kanzlerin, Ministern oder Bürgern ohne konkreten Tatverdacht gehöre sich nicht. Das gelte für alle Geheimdienste. Die Zusammenarbeit der amerikanischen und deutschen Nachrichtendienste zum Schutz vor terroristischen Anschlägen und zur Verhinderung schwerer Kriminalität sei aber sinnvoll und notwendig. So seien in Deutschland dank amerikanischer Informationen Anschläge verhindert worden. Grosse-Brömer warb daher dafür, die Debatte weniger aufgeregt zu führen und sich um konkrete Lösungen zu bemühen.

Die deutsche und europäische Antwort auf die NSA-Abhöraffaire muss nach den Worten des stellvertretenden CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Günter Krings lauten, die richtige Balance zwischen Freiheit und Sicherheit zu finden. „Unsere Aufgabe ist die Rückgewinnung der digitalen Souveränität“, sagte Krings. So müssten rechtliche und technische Vorkehrungen für mehr Datensicherheit und weniger anfällige IT-Systeme gefunden werden. Als Beispiele nannte er eine Meldepflicht bei Hackerangriffen

und eine gemeinsame EU-Datenverordnung. Mit Blick auf die USA sprach er sich für ein Anti-Spionage-Abkommen aus, über das beide Seiten bereits verhandeln.

„Unsere Aufgabe ist die Rückgewinnung der digitalen Souveränität“

Die Forderung der Opposition, dem US-Informanten Edward Snowden, der die Affäre ins Rollen gebracht hat, in Deutschland Asyl zu gewähren, lehnten Grosse-Brömer und Krings ab. Nach den Asylvorschriften im Grundgesetz gebe es dafür keine Grundlage, beteuerten sie. Außerdem müsse man den Schaden im Verhältnis zu den USA in Betracht ziehen, der Deutschland durch eine Aufnahme Snowdens entstehen würde, sagte Grosse-Brömer. Denn die Bundesregierung müsste Snowden, gegen den ein internationaler Haftbefehl wegen Spionage besteht, an die USA ausliefern, wenn er nach Deutschland käme.

Koalitionsverhandlungen gehen in den Schlussspurt

Kauder mit Zwischenstand zufrieden – Hauptforderungen der Union sind akzeptiert

„Nichts ist vereinbart, bevor nicht alles vereinbart ist“ – dieses Motto gilt auch für die Koalitionsverhandlungen, die nun in die entscheidende Phase treten. Bis zum 27. November soll der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD stehen. Wenn alles gut verläuft, kann die Kanzlerin am 17. Dezember vom Deutschen Bundestag gewählt werden. Einige ihrer Forderungen aus dem Regierungsprogramm haben CDU und CSU praktisch schon durchgesetzt. So wird es keine Steuererhöhungen und ab 2015 keine neuen Schulden mehr geben. Doch einige dicke Brocken müssen noch aus dem Weg geräumt werden: Dazu gehören die SPD-Forderungen nach einer doppelten Staatsbürgerschaft, nach Subventionsabbau oder einem Ganztagserschulungsprogramm.

Auch wenn sich bei den Verhandlungen „die Mühen der Ebene“ bemerkbar machen: Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder ist mit dem bisherigen Verlauf einigermaßen zufrieden. „Zwei unserer Hauptforderungen im Wahlkampf – keine Steuererhöhungen und keine neuen Schulden – werden von der SPD nicht mehr in Frage gestellt“, sagte er. In der Europapolitik sei zudem schon geklärt, dass es keine Euro-Bonds und keine Vergemeinschaftung von Altschulden geben werde. Auch in der Energiepolitik habe man die Grundlage für eine raschere Absenkung der Öko-Umlage beim Strompreis gelegt. Bis Ostern soll die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) stehen. Dabei sollen die Interessen von Wirtschaft und Stromkunden zum Ausgleich gebracht und der Umweltschutz berücksichtigt werden.

Eine Einigung gibt es darüber hinaus zum Thema Frauen in Führungspositionen. Aufsichtsräte von voll mitbestimmungspflichtigen und börsennotierten Unternehmen, die ab dem Jahre 2016 neu besetzt werden, sollen eine Geschlechterquote von



Foto: Maurizio Gambarini/dpa

Bundeskanzlerin Merkel und SPD-Chef Gabriel bei den Koalitionsverhandlungen

mindestens 30 Prozent aufweisen. Konsens besteht unter anderem auch darin, dass der Schutz von Frauen und Kindern vor Menschenhandel und Zwangsprostitution verbessert werden soll.

Andere Themen, die der Union am Herzen liegen, wie die Erhöhung der Rente für Mütter, die vor 1992 Kinder geboren haben, sind bislang noch nicht durchgesetzt. Die Mütterrente ist für die Union jedoch nicht verhandelbar, zumal die Finanzierung dieser Ausgabe steht. Auch in den Bereichen Gesundheit, Pflege oder Bildung treten die Verhandlungspartner noch auf der Stelle. Die SPD-Forderung nach Einführung einer doppelten Staatsbürgerschaft lehnt die Union ab, kann sich aber Kompromisse wie eine „ruhende“ Staatsbürgerschaft vorstellen.

Das Wohlergehen der Menschen ist der Maßstab

Die Union ist sich der Tatsache bewusst, dass Kompromisse für die Bildung einer großen Koalition nötig sein werden, sie müssen aber politisch vertretbar sein. Der Maßstab für Kompromisse besteht nach den Worten

von Bundeskanzlerin Angela Merkel darin, dass es den Menschen 2017 noch besser gehen soll als heute. Und am Ende der Verhandlungen muss zum Ausdruck kommen, dass die Union mit 41,5 Prozent die Bundestagswahl gewonnen hat, während die SPD mit 25,7 Prozent zu den Verlierern gehört. Den von der SPD geforderten „Politikwechsel“ kann es daher nicht geben.

Mindestlohn darf kein Jobkiller werden

Was den SPD-Wunsch nach einem Mindestlohn angeht, so zeigt sich die Union bereit, der SPD entgegenzukommen. „Für die SPD ist der Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro eine Art Glaubensbekenntnis“, sagte Kauder auch mit Blick auf den zurückliegenden Parteitag der Sozialdemokraten. Er warnte allerdings vor dem Verlust von Arbeitsplätzen, sollte ein flächendeckender, gesetzlicher Mindestlohn ohne Übergangsfristen eingeführt werden. „Wir müssen verhindern, dass der Mindestlohn zum Jobkiller wird“, mahnte er.

Von Räubern auf See und im Wald

Volker Kauder liest in Berliner Kindergarten

Die Jüngsten sind erst zwei, die ältesten schon sechs – aber alle hören sie gespannt zu, als Volker Kauder ihnen das Märchen von den Bremer Stadtmusikanten erzählt. Zum bundesweiten Vorlesetag ist der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende in den Kindergarten „mittendrin“ in Berlin Mitte gekommen, um die gemeinsame Initiative der Stiftung Lesen, der Wochenzeitung „Die Zeit“ und der Deutschen Bahn zu unterstützen. Er erklärt den Kleinen, was Musikanten und was Räuber sind, er übt mit ihnen Tierstimmen und fragt nach den Instrumenten, die sie schon spielen.

Auf Augenhöhe

„Ich bin der Volker“, sagt Kauder, als er die Kinder begrüßt, die erst munter durcheinander laufen, sich dann aber neugierig annähern. Den Lesesessel, der für ihn bereitgestellt ist, lässt er außer Acht und setzt sich auf ein grünes Kissen – auf Augenhöhe mit den Kindern, die ihn bald dicht umringen. „Es war einmal ein Mann, der hatte einen Esel...“ beginnt das Märchen der Gebrüder Grimm eigentlich, doch Kauder weicht vom Text ab. Zu klein sind die meisten der 14 Kinder, um einer richtigen „Vorlesung“ zu folgen. Kauder erzählt lieber frei. In seinem großformatigen Buch sind viele Bilder, auf die sie neugierig schauen und zeigen. „Was sind denn Räuber, wisst Ihr das?“, fragt Volker Kauder. „Das sind Piraten“, ruft ein kleiner Junge. Das schon – nur treiben die Piraten ihr Unwesen auf See und die Räuber bei den „Bremer Stadtmusikanten“ hausen im Wald, klärt Kauder sie auf.

Die Geschichte der Stadtmusikanten ist im Gegensatz zu vielen ande-



Foto: Steven Rösler

Volker Kauder liest die „Bremer Stadtmusikanten“ vor

ren Märchen der Gebrüder Grimm eine, die Kinder nicht mit Gewalt oder Grausamkeit verstört. Die vier Tiere, die allesamt von ihren Herrschaften aufs alte Eisen abgeschoben werden sollen und mit ihrer gemeinsamen Flucht dem Tod entkommen, hat eine optimistische Note. Und so freuen sich die Kleinen, dass sie am Ende mit Volker Kauder den Esel, den Hund, den Hahn und die Katze imitieren können, die mit ihrem Konzert die Räuber von ihrer Festtafel im Waldhaus vertreiben. Die Lust der kleinen Zuhörer auf Geschichten ist so sehr geweckt, dass sie Volker Kauder gleich ein zweites Buch mit einer Tiergeschichte bringen, die er auch noch vorlesen darf. Selbst die Kinder, die das Deutsche noch nicht perfekt beherrschen, verstehen genug, um bei der Stange zu bleiben.

Vorlesen fördert die Sprachkompetenz

Der bundesweite Vorlesetag ist die größte derartige Veranstaltung in Deutschland. Zahlreiche Prominente und Politiker lesen an diesem Tag den

Kindern und Jugendlichen an allen möglichen Orten Geschichten vor. So las in diesem Jahr auch der Parlamentarische Geschäftsführer Michael Grosse-Brömer an der Heideschule in Buchholz/Nordheide aus dem Buch „Millie in London“. Der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier las vor Kindern in Marburg, die bayerische Wirtschaftsministerin Ilse Aigner in Geretsried und die saarländische Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer in Püttlingen.

Zum diesjährigen zehnten Vorlesetag melden die Veranstalter einen Teilnahmerecord: 80.000 ehrenamtliche Vorleser haben sich angemeldet. In Schulen, Kindergärten, Bibliotheken, Redaktionsräumen, sogar in Zügen und in der Fußgängerzone wird vorgelesen. Die Leiterin des Kindergartens „mittendrin“, Simone Sende, versichert, dass die Erzieherinnen den Kindern auch jenseits des Vorlesetags häufig vorlesen.

Der Stiftung Lesen zufolge entwickeln Kinder, denen vorgelesen wird, leichter Sprachkompetenz. Sie greifen später öfter selbst zum Buch.

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducusu.de/newsletter abonnieren.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet

www.cducusu.de

Der Blog der CDU/CSU-Fraktion

blogfraktion.de

Fraktion direkt

www.cducusu.de/fd



www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducusu



twitter.com/cducusubt